

Stadt Gummersbach · Rathausplatz 1 · 51643 Gummersbach
Der Bürgermeister · Postf. 10 08 52 · 51608 Gummersbach



Personalservice und Zentrale Dienste

An
den Rat der Stadt Gummersbach

Ihr Zeichen
Ihre Nachricht
Mein Zeichen FB 2.1 / Ro.
Datum 09.02.2012
Ansprechpartner/in Herr Robach
Büro Rathaus, 4. Etage, Zimmer 416
Telefon 87-1416 Fax 87-8416
Mobil
E-Mail joerg.robach@stadt-gummersbach.de

Anlage zu TOP 3.1.1 der Sitzung des Rates am 14. Februar 2012 Antwort der Verwaltung zur großen Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion

Sehr geehrte Damen und Herren Stadtverordnete,

die Stadtverwaltung Gummersbach hat anlässlich eines Presseberichtes im Frühjahr 2011 eine Kostenschätzung durchgeführt und Erfahrungen bei der im Bericht genannten Gemeinde Engelskirchen eingeholt. Im Ergebnis sind die technischen Hürden so hoch, dass die nötigen Investitionen die möglichen Einsparungen auf Jahre hinaus übersteigen würden.

Auf Grund dieses Umstandes hat die Verwaltung bei der Auswahl des neuen Sitzungsdienstprogrammes Session „... Wert darauf gelegt, dass jeder Mandatsträger nach eigener Auswahl papierlos oder papiergebunden arbeiten kann, indem zugleich die Unterlagen und der Internetzugang zur Verfügung stehen“ (Schreiben aus September 2011 an alle Mandatsträger zur Mitteilung der Zugangsdaten für SessionNet auf: www.Gummersbach.de/Session/ri).

Die damalige Kostenschätzung wurde auf Grund der aktuellen Anfrage verifiziert und im ganz überwiegenden Teil bestätigt. Lediglich die notwendige W-Lan-Ausstattung hat sich als günstiger herausgestellt. Wie sich im folgenden ersehen lässt, bewirkt die Reduzierung von 15.000 € auf 5.000 € in diesem Punkt insgesamt jedoch keine so große Veränderung, dass zu einer anderen Gesamteinschätzung gefunden werden müsste.

Hauptproblem wird bei der Nutzung mobiler Geräte im Laufe der Nutzungsdauer die Kapazität der Batterien werden. Die vorgeschlagenen iPads sind sicher zu Beginn ihrer Nutzungsdauer eine der besten Alternativen, von einem Lieferanten wurde jedoch der Beginn einer Verschlechterung ab dem 18. Monat prognostiziert. Eine der Einsatzkommunen geht sogar von einem Totalversagen nach 36 Monaten aus.

Bankverbindungen

Sparkasse Gummersbach-Bergneustadt
Nr. 190 017 (BLZ 384 500 00)
Postbank Köln
Nr. 10120-503 (BLZ 370 100 50)

Persönlicher Kontakt:

montags bis freitags von 8.00 - 12.00 Uhr
donnerstags von 14.00 - 17.00 Uhr
sowie nach Vereinbarung.

Verbindungen:

Telefon: 02261/87-0
Telefax: 02261/87-600
E-Mail: rathaus@gummersbach.de
Internet: www.gummersbach.de

Linien 306, 307, 316, 317, 318, 336, 361, 362, 363, Haltestelle Rathaus.

Tiefgaragen Rathaus und Bismarckplatz.

Da Sitzungen schlecht wegen „leerer Batterie“ vertagt werden können, hat Engelskirchen seine Sitzungsräume mit zusätzlichen Steckdosen ausgestattet. In Gummersbach würde dies bedeuten, dass im Ratssaal der Boden aufgenommen und eine entsprechende Anzahl von Bodentanks verlegt werden müssten. Auch im Fachausschusssitzungssaal wäre ähnliches nötig. Die Kosten dafür und für Änderungen am Mobiliar wurden mit 50.000 € grob geschätzt.

Zur Vollausrüstung von Rat und maßgeblichen Verwaltungsmitarbeitern, zur Ausleihe von Geräten an sachkundige Bürger und Einwohner sowie Mitarbeiter, die nur sporadisch an Sitzungen teilnehmen sowie zur Reserve ist die Beschaffung von 80 Geräten nötig. Diese Zahl wurde auch von Tönisvorst bestätigt (44 Stv.). Dort hat jedoch die gesamte CDU-Fraktion auf eine Beschaffung durch die Stadt verzichtet und sich selbst versorgt, weswegen nur 54 Geräte beschafft wurden. Dort wurde die billigste Version eingesetzt (16 GB/nur WiFi), die etwa 36.000 € Invest bedeutet. Für eine sinnvolle Nutzung über 5 Jahre wären im Hinblick auf das Speichervolumen (32 GB) jedoch 45.000 € erforderlich.

Die W-Lan Ausstattung für die relevanten Bereiche des Rathauses sowie eine mobile Komponente für evtl. nötige Außensitzungen wurde mit 15.000 € angenommen. Es kann nach den Recherchen der letzten Woche jedoch im günstigsten Fall bereits mit 5.000 € ein ausreichendes Ergebnis erzielt werden, wenn z.B. Fraktionszimmer außen vor bleiben.

Die Konfiguration der Geräte seitens der städtischen ADV-Abteilung sowie die dauerhafte Gewährleistung des Betriebes erfordert einen jährlichen Zeitaufwand, der mit 12.000 bis 16.000 € geschätzt wird. Die Einrichtung erfolgt sehr restriktiv so, dass nur städtische Anwendungen und keine Privatnutzung möglich sein würde. Für die Sitzungen müsste ein Bereitschaftsdienst vorgehalten werden, damit technische Probleme schnellstens beseitigt werden können. Das vorhandene Personal würde dies alles nicht ohne Verstärkung leisten können.

Auf der Kostenseite ergibt sich für eine Legislatur daher folgendes Bild:

Ertüchtigung Stromversorgung einmalig	50.000,00 €
Softwareerweiterung für Session 4.200 € Lizenz, 90 € monatlich	9.600,00 €
W-Lan-Ausstattung alle 5 – 10 Jahre	5.000,00 €
Gerätebeschaffung ca. alle 5 Jahre	45.000,00 €
Ersatz bei vorzeitigem Defekt (4 St./5 Jahre)	2.500,00 €
<u>technische Betreuung jährlich 12.000,00 € x 5</u>	<u>60.000,00 €</u>
	172.100,00 €

Um die Einsparungspotentiale zu ermitteln, wurden zunächst die Sitzungen eines Jahre ermittelt (~ 45 Ausschüsse und 6 x Rat). Die Einladung zu einem Ausschuss wird 70 mal vervielfältigt, bei einer Ratssitzung sind 100 Sätze üblich. Die auf diese Art ermittelten 217.500 Druckstücke schlagen bei je 1,7 €Cent mit ca. 3.700 € zu Buche. Bei einer angenommenen Bearbeitungszeit von 3 Stunden je Sitzung kommen insgesamt 4.700 € für die Konfektionierung und den Versand hinzu. Bei einem Porto je Brief i.H.v. 1,44 € sind für den Versand weitere 2.600 € Portokosten aufzuwenden.

Insgesamt liegt damit das Einsparpotential bei 11.000 € für ein Jahr oder 55.000 € in fünf Jahren und bleibt somit weit hinter den Kosten zurück. Selbst wenn einige Positionen relativiert werden könnten – z.B. die Elektrifizierung – wird der Kostenblock für Beschaffung und Betreuung immer die Einsparungen aufzehren.

Vor diesem Hintergrund bestätigt sich bereits an diesem Punkt aus Verwaltungssicht die Entscheidung vom September 2011, wodurch allen Mandatsträgern die elektronische Arbeit in Eigenregie ermöglicht wird. Bis heute wurde auch noch kein Wunsch an die Verwaltung herangetragen, auf Grund dessen die Papierlieferungen einzustellen.

Neben diesem Ergebnis wurden die Erfahrungen der Anwenderkommunen (s. Anfrage) abgefragt. Im Ergebnis sind alle erst im vergangenen Quartal gestartet oder steuern erst auf einen Test zu. Die zitierte Stadt Dissen setzt iPhones so ein, wie der Gummersbacher Verwaltungsvorstand es bereits seit Mitte 2010 tut, nämlich nur für den Mailabruf und als Terminkalender.

Kalkulierte Ersparnisse bei den Anwendern sind zwar z.T. deutlich höher angesetzt, resultieren jedoch immer aus Sondersituationen wie z.B. der Abschaffung eines Botendienstes oder Druckzahlen, die bei 400 – 700 TSD Druckstücken p.a. liegen. Die Anfragen bei den Anwendern haben im Übrigen auch die für das Invest angesetzten Kosten und Massen bestätigt (s.o. W-Lan).

Zur augenscheinlichen Kostensteigerung beim Verbrauchsmaterial hat die Kämmerei ausgeführt, dass etwa 15.000 € aus einer reinen Verschiebung von anderen Positionen herrühren. Weitere Veränderungen resultieren aus einem höheren Bedarf bei der OGS, dem jedoch eine höhere Förderung gegenüber steht sowie den gestiegenen Kosten der Personalausweise.

Bei den hier vorgestellten Gründen wurde lediglich auf die finanzielle Seite abgestellt. In rechtlicher Hinsicht sowie unter praktischer Betrachtung könnten weitere Punkte dafür und dagegen angeführt werden, die hier nicht näher beleuchtet werden sollen. Dennoch kann die vorstehende Entscheidung nicht von Dauer sein. Die Verwaltung wird regelmäßig z.B. mindestens vor jedem Ende einer Legislatur erneut die Realisierbarkeit prüfen.

Sicherlich wird irgendwann eine Ertüchtigung des Ratssaales aus anderen Gründen anstehen. Die Preise akzeptabler Geräte werden sinken und technischer Fortschritt wird das Batterieproblem obsolet werden lassen. Bis dahin entspricht die Möglichkeit zur elektronischen Arbeit in eigener Regie dem sinnvollsten Angebot.

Neben diesem freiwillig zu nutzenden Angebot ist die Verwaltung aber auch schon testweise dazu übergegangen, umfangreiche Anlagen zu Sitzungsvorlagen nur noch elektronisch zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig die Anforderung in Papier zu ermöglichen. Der Schulentwicklungsplan mit 180 Seiten und aktuell der Entwurf des HSK mit 48 Seiten sind dabei auf eine vorher nicht erwartbare positive Akzeptanz gestoßen. Bis sich ggf. ein vollelektronischer Sitzungsdienst etablieren lässt, sollen diese Möglichkeiten in jedem Fall intensiv genutzt werden.



Frank Helmenstein
Bürgermeister